

Die Haltung der ASEAN-Länder zu Osttimor

Seit fast nunmehr 20 Jahren hält Indonesien Osttimor illegal annektiert, und in all diesen Jahren haben die Regierungen der ASEAN-Staaten keinerlei Protest dagegen geäußert. Im Gegenteil, sie ignorieren die Probleme Osttimors und seiner Bevölkerung völlig.

Ganz offensichtlich wollen sie ihren mächtigen Partner nicht in Verlegenheit bringen und so die vielbeschworene Solidarität der ASEAN-Länder nicht gefährden.

1977, zwei Jahre nach der Invasion, haben die sechs Mitgliedsstaaten der ASEAN ihr Konzept einer Friedens-, Freiheits- und Neutralitätszone (ZOP-FAN) und den Freundschafts- und Kooperationsvertrag abgeschlossen.

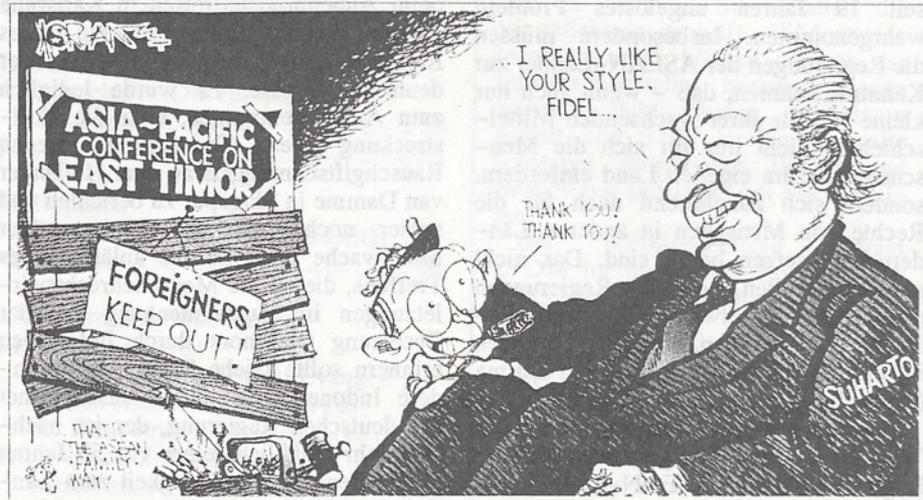
Die Beachtung der kolonialen Grenzen hat viele Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens vor dem Auseinanderbrechen bewahrt. Und keine Regierung sollte für sich in Anspruch nehmen können, ihre Grenzen auf Kosten ihrer Nachbarn verändern zu dürfen. Der damalige indonesische Präsident Sukarno hat es in den sechziger Jahren in Malaysia versucht und ist gescheitert. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein versuchte es in Kuwait und scheiterte ebenfalls. Während des Kalten Krieges rechtfertigte Indonesien die Annexion Osttimors mit dem Argument einer angeblichen kommunistischen Bedrohung. Heute, da der Kalte Krieg beendet ist, mußte ein neues Argument gefunden werden: Was lag näher, als der Welt ein jugoslawisches Szenario an die Wand zu malen.

Die Vereinten Nationen haben die Herrschaft Jakartas über Osttimor nicht anerkannt und betrachten Portugal nach wie vor als Verwaltungsmacht.

Als direkte Folge der indonesischen Annexion starben in Osttimor ca. 200.000 Menschen, oder anders ausgedrückt, 1/3 der gesamten Bevölkerung. Angst beherrscht das Klima in Osttimor, und die Verletzung von Menschenrechten hält unvermindert an. Das Schweigen der ASEAN-Staaten zu diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einem solchem Ausmaß wirft ein deutliches Licht auf ihre Einstellung und Haltung gegenüber einem schwachen Land, das von einem mächtigen Nachbarn angegriffen wird.

Nachdem die vietnamesischen Streitkräfte 1978 nach Kambodscha einmarschiert waren, waren es die ASEAN-

Staaten, die gemeinsam ihre Stimme erhoben und am lautesten gegen den Überfall und die illegale Annexion Kambodschas protestierten. In den darauffolgenden Jahren übten die ASEAN-Staaten Druck auf die Konfliktparteien aus, eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu finden, und sie haben dazu unzählige Treffen abgehalten. Niemand geringeres als die indonesische Regierung diente damals als Vermittler bei den Friedensgesprächen. Doch seltsamer-



aus: FEER v. 16.6.1994, S. 11

weise besitzen der gemeinsame politische Wille und die moralische Verantwortung der Gemeinschaft, wie sie sich in der Kambodscha-Frage manifestiert haben, keineswegs Gültigkeit in der Osttimor-Frage. Die ASEAN-Staaten messen mit zweierlei Maß, sobald die Sprache auf die indonesische Annexion von Osttimor kommt. Heute behaupten die Regierungen der ASEAN-Staaten, daß der Status Osttimors nicht mehr zur Debatte stehe. Doch dem ist nicht so. Osttimor ist heute zu einem Testfall in der Auseinandersetzung zwischen den demokratischen und den autoritären Kräften innerhalb der ASEAN geworden.

Indonesien: der kleine Tyrann der ASEAN

Im Mai dieses Jahres begann Indonesien, die anderen ASEAN-Staaten unter Druck zu setzen, um ihnen seinen Standpunkt wirklich klar zu machen: Osttimor ist einzig und allein Jakartas Privatangelegenheit. Damit versuchte die

indonesische Regierung das Prinzip festzuschreiben, daß innere Angelegenheiten in den ASEAN-Staaten ganz allein die Sache der jeweils herrschenden Eliten oder die der herrschenden Regierungen seien.

Der große Bruder Jakarta versuchte die kleinen Philippinen in die Ecke zu drängen und sie zu zwingen, die Asiatisch-Pazifische Osttimor-Konferenz (APCET) an der Universität der Philippinen zu unterbinden.

Der philippinische Präsident Fidel Ramos entsandte daraufhin den früheren Außenminister Raul Manglapus nach Jakarta und ließ der indonesischen Regierung übermitteln, daß die Verfassung der Philippinen das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiere und seine Regierung demzufolge keinerlei Handhabe besitze, die Konferenz zu verbieten. Die indonesische Regierung zeigte sich davon keineswegs beeindruckt und ver-

suchte mit den folgenden Drohungen, die bis hin zu diplomatischen Erpressungsversuchen reichten, den abtrünnigen ASEAN-Partner auf Kurs zu bringen:

- Sie versuchte ein von ihr arrangiertes Treffen zwischen der philippinischen Regierung und der Moro National Liberation Front (MNLF), einer muslimischen Separatistengruppe, platzen zu lassen. Das Treffen war für Mitte Juni in Jakarta angesetzt. Die MNLF kämpft auf der Insel Mindanao seit nunmehr 20 Jahren gegen die philippinische Regierung und in Kämpfen mit Regierungstruppen haben mehr als 50.000 Menschen ihr Leben verloren. Indonesien, als Vorsitzender der Organisation der islamischen Konferenz (OIC), hatte maßgeblichen Anteil an dem vorläufigem Waffenstillstand zwischen der MNLF und der philippinischen Regierung, der im letzten November zustande gekommen war.
- Sie hat eine Reihe von Industriellen, die der lokalen Organisation der indonesischen Industrie- und Handels-

kammer in Samarinda, Ost-Kalimantan, angehören, gezwungen, ihre geplanten Investitionen in Davao, Philippinen, zu streichen. Die Investitionen beliefen sich auf mehrere Millionen US-Dollar.

- Sie zwang drei indonesische Geschäftsdelegationen, ihre geplanten Reisen in die Philippinen abzusagen. Ebenso wurde einer studentischen Delegation von der Universität in Jakarta der Besuch von Manila untersagt.

- Sie zwang 200 indonesische Geschäftsleute, ihre Zusage zur Teilnahme an einer regionalen Konferenz in Davao zurückzuziehen, um damit Präsident Ramos' Initiative zur Errichtung einer Wachstumszone ins Leere laufen zu lassen. Ziel der Ostasiatischen Wachstumszone ist die Festigung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Brunei, Indonesien, Malaysia und den Philippinen.

Doch die Bemühungen der indonesischen Regierung, die Osttimor-Konferenz zu verhindern, waren kontraproduktiv. In dem Jakarta so massiv Druck auf die Philippinen ausübte, lenkte es überhaupt erst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das gewaltsam annektierte Osttimor und brachte es so selbst zurück in die internationalen Medien.

Bei dem Versuch, Jakarta im Namen der ASEAN-Solidarität zu beschwichtigen, wäre es der Ramos-Regierung fast gelungen, die Osttimor-Konferenz zu untersagen: Der Gerichtshof von Quezon City sprach eine einstweilige Verfügung gegen die Abhaltung der Konferenz an der Universität der Philippinen aus.

Die Organisatoren der Konferenz brachten eine Petition beim Obersten Gerichtshof ein. Dieser setzte sich über die Entscheidung des Gerichts von Quezon hinweg und entschied, daß die Verfügung nicht der Verfassung entspräche. Aber das von der Einreisebehörde auf Anweisung von Präsident Ramos ausgesprochene Einreiseverbot für alle ausländischen Konferenzteilnehmer behielt Gültigkeit. Der philippinische Präsident begründete seine Entscheidung mit dem Argument, daß indonesische Investitionen in der Höhe von 700 Millionen US-Dollar auf dem Spiel stünden. Die Philippinen wurden hier aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche von ihren Partnern auf die ASEAN-Linie zurückgebracht, wie sie von den autoritären Mitgliedern definiert wurde.

Das Malaysia-Forum

Einen Monat nach der Manila-Konferenz organisierte die "Malaysian Action Front" in Kuala Lumpur eine eintägige Veranstaltung zu Osttimor. Im Gegensatz zur Manila-Konferenz kam es bei dieser Veranstaltung zu keinerlei offiziellen Protesten seitens der indonesischen Regierung oder sonstigen Einmischungs-

versuchen, die die Beziehungen zwischen Jakarta und Kuala Lumpur hätten beeinträchtigen können.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Jakarta ist sehr darauf bedacht, auf Malaysia keinerlei Druck auszuüben. Zum einen hat Malaysia die wirtschaftliche Führung innerhalb der ASEAN-Staaten übernommen, und zum anderen möchte die indonesische Regierung nicht, daß in Malaysia schmerzliche Erinnerungen an die indonesische Konfrontationspolitik aufkommen, wie sie von Sukarno während der frühen sechziger Jahre verfolgt wurde.

Der Außenminister Malaysias, Abdullah Ahmad Badawi, erklärte gegenüber Indonesien, daß Kuala Lumpur über eine Osttimor-Veranstaltung von der Malaysian Action Front nicht unterrichtet sei. "Malaysia ist ein demokratisches Land, in dem Meinungsfreiheit herrscht und in dem auch jede Organisation ihre Meinung frei äußern kann."

Ironischerweise war es der Ministerpräsident Malaysias, Mahathir Mohamad, der sich deutlich Jakartas Position angeschlossen hatte, als Indonesien den Philippinen mit Vergeltungsmaßnahmen drohte, wenn diese die "Asia-Pacific Conference on East Timor" nicht stoppen würden. Mahathir sagte, er hätte an Stelle von Präsident Ramos auf die Empfindlichkeit der indonesischen Regierung in der Osttimor-Frage Rücksicht genommen.

Die ASEAN-Konferenz in Thailand

Auf dem Ministertreffen der ASEAN-Staaten Mitte Juli in Bangkok versuchte Indonesien erneut, das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Mitgliedsstaaten als einen Eckpfeiler der ASEAN-Solidarität festzuschreiben. Leider fügte sich die schwache Regierung von Chuan Leekpai der Forderung Jakartas. Elf Osttimoresen, die an einer NRO-Menschenrechtskonferenz teilnehmen wollten, die parallel zum ASEAN-Meeting stattfand, wurde die Einreise nach Thailand verwehrt. Der thailändische Außenminister Prasong Soonsiri drohte sogar, Mitglieder von ausländischen NROs, die an der Konferenz in Thailand teilnehmen wollten, verhaften zu lassen, wenn sie nicht nachweislich 30 Tage im voraus um eine Erlaubnis nachgesucht hätten.

Wörtlich sagte der Außenminister: "Die ASEAN-Staaten haben sich einstimmig dazu entschlossen, sich nicht in den Osttimor-Konflikt einzumischen, und Thailand handelt demnach in Übereinstimmung mit den ASEAN-Beschlüssen. Wir werden es ausländischen NROs nicht erlauben, unser Land als Plattform zu benutzen, um unsere Nachbarn zu attackieren."

Drei ausländische Teilnehmer der regionalen Menschenrechtskonferenz wurden von der thailändischen Einreisebehörde des Landes verwiesen. Den drei Teilnehmern gemeinsam war ihre Verbindung zum Nationalen Rat des Maubere-Widerstandes (National Council of Maubere Resistance, CNRM), der Dachorganisation osttimoresischer Widerstandsgruppen.

Der indonesische Außenminister Ali Alatas antwortete in Bangkok auf die Frage von Reportern, ob Indonesien versuche, eine Diskussion über Osttimor innerhalb der ASEAN-Staaten zu unterbinden: "Wir haben niemals irgend etwas blockiert. In den 27 Jahren der ASEAN stand Osttimor niemals zur Debatte. Warum sollten wir jetzt darüber diskutieren?"

Das Argument der inneren Einmischung

Menschenrechtsverletzungen können nicht als rein innere Angelegenheit eines Staates betrachtet werden; vielmehr betreffen sie die internationale Staatengemeinschaft. Die Staatengemeinschaft hat ebenso wie Nichtregierungsorganisationen das Recht, diese Fragen in allen Ländern anzusprechen und sich für eine Wiedergutmachung der Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.

Mit andern Worten, die internationale Gemeinschaft hat das Recht, Regierungen und andere Herrschaftsgruppen für ihre Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Sie hat ein Recht, diese Menschenrechte für alle Betroffenen einzuklagen. Die Argumentation der betroffenen Staaten, die dies als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten darstellen, ist weder annehmbar noch zulässig.

Wenn Hitler heutzutage argumentierte, die Tötung von Millionen von Juden sei eine rein interne Angelegenheit und die internationale Gemeinschaft habe kein Recht sich einzumischen, würde diese Argumentation akzeptiert werden?

Indem Thailand die indonesische Regierung unterstützt hat, hat es eindeutig die Verpflichtungen nicht eingehalten, die es in mehreren internationalen Verträgen eingegangen ist, so u.a. mit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Das hinderte die thailändische Regierung allerdings nicht daran, 1993 ihren Außenminister Prasong Soonsiri die Wiener Erklärung der Menschenrechte unterzeichnen zu lassen.

Artikel 13 der Wiener Erklärung besagt: "There is a need for states and international organizations in co-operation with non-governmental organizations, to create favourable conditions ... to ensure the full and effective enjoyment of hu-

man rights. States should eliminate all violations of human rights and their causes, as well as obstacles to the enjoyment of these rights." Und in Artikel 38 wird ausgeführt, daß "non-governmental organizations and their members generally involved in the field of human rights should enjoy the right and freedom in the Universal Declaration of Human Rights, and the protection of the national law."

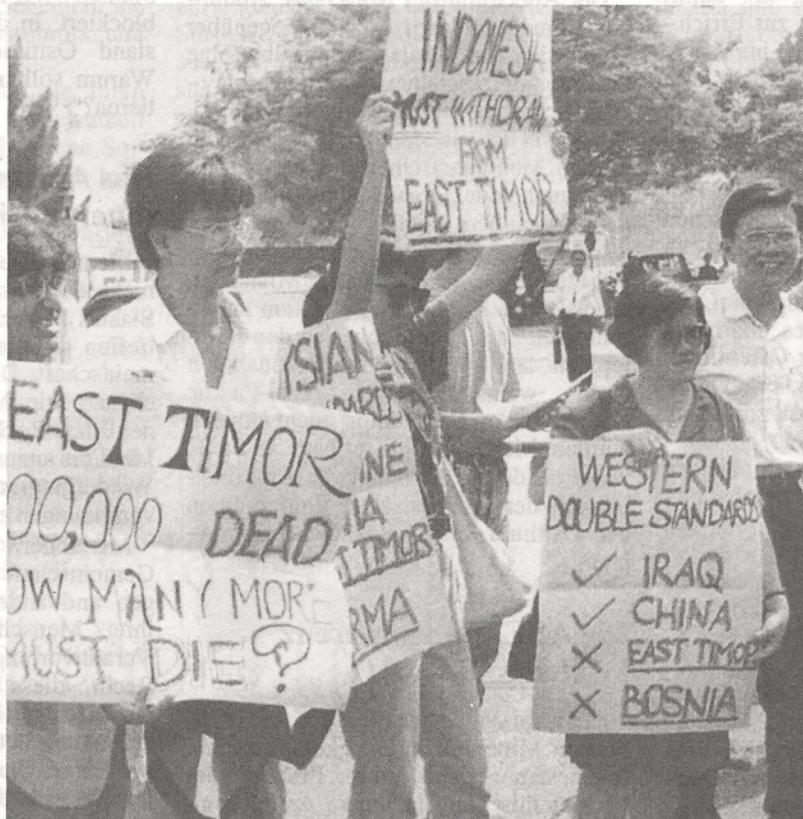
Diese Auflagen hat die thailändische Regierung nicht erfüllt, da sie thailändische wie auch ausländische NROs unter Druck setzte, um sich in Jakarta beliebt zu machen. Anstatt die Arbeit der NROs im Rahmen der nationalen Gesetze zu unterstützen, hat die thailändische Regierung sie sabotiert. Dies stellt um so mehr einen Verrat dar, als viele dieser NROs erst den Sturz der Militärjunta im Mai 1992 und damit den Aufbau einer Demokratie und den Aufstieg der derzeitigen Regierungsmitglieder ermöglicht hatten.

Die Mauer innerhalb der ASEAN-Staaten

Der Osttimor-Konflikt zeigt deutlich, daß die Solidarität und die angestrebte Harmonie innerhalb der ASEAN-Staaten mehr und mehr ein zweifelhaftes Ziel darstellen. Sollten schon ein paar kritische Stimmen von thailändischen, asiatischen und internationalen Menschenrechtsgruppen ausreichen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thailand und Indonesien zu gefährden? ASEAN wäre eine brüchige Vereinigung, wenn dem tatsächlich so wäre.

Die ASEAN setzt sich heute zusammen aus vier autoritären Regimen und zwei demokratischen Staaten, deren Demokratisierung allerdings noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. Sehr bedenklich an dieser Situation ist, daß sich die demokratischen Staaten gegenüber den autoritären Regimen quasi ständig für ihre demokratische Staats- und Regierungsform glauben entschuldigen zu müssen. Dies mag zum Teil daher rühren, daß Teile der herrschenden Klasse auf den Philippinen sowie in Thailand diesen demokratischen Prinzipien in der Tat ambivalent gegenüber stehen. Sie fürchten, daß eine übermäßige Betonung ihrer demokratischen Grundsätze dazu führen

könnte, daß die eigene Bevölkerung ihre Mitspracherechte stärker einfordert. Auf jeden Fall hat diese Zurückhaltung dazu beigetragen, die Militär- und Herrschaftseliten in Indonesien, Malaysia, Singapur und Brunei zu stärken, die zu Hause immer stärker mit Rufen nach mehr Demokratie konfrontiert werden. Ein wichtiger Baustein in der Strategie der autoritären Regierungen war die Errichtung eines Schutzwalls zwischen den demokratischen Bewegungen in Thailand und in den Philippinen auf der einen und ihrer eigenen Bevölkerung auf der anderen Seite.



Demonstranten auf der APCEK-Konferenz in Manila im Juni 1994

aus: FEER v. 6.10.1994, S. 28

Unter dem Vorwand, "Wir in der ASEAN mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten ein!", sind viele Regierungen der ASEAN-Staaten heute bereit, die Wahrheit über Osttimor zu verschleiern. Soll das etwa heißen, daß die Hauptstädte der ASEAN-Staaten nichts weiter als Vorposten des javanischen Imperialismus sind?

Doch die Haltung der Regierungen im Osttimor-Konflikt deckt sich keineswegs immer mit den Meinungen und Positionen der BürgerInnen in den jeweiligen Ländern. Wenn die ASEAN-Regierungen wirklich den Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten folgen, dann müssen sie auch die öffentliche und kontroverse Diskussion solcher Ansichten zulassen.

Auch fast zwanzig Jahre nach der brutalen indonesischen Invasion ist das Problem Osttimor nicht verschwunden.

Die Politik des Schweigens, wie sie den anderen ASEAN-Mitgliedern von Indonesien aufgedrängt wurde, ist für diejenigen unter uns nicht annehmbar, die um diese Verbrechen wissen, die vor unserer Haustür geschehen.

Das Recht der OsttimoresInnen auf Selbstbestimmung ist fest verankert im internationalen Recht und findet Ausdruck in zehn Resolutionen der Vereinten Nationen. Als Reaktion auf die Invasion in Osttimor 1975 hat der UN-Sicherheitsrat zwei Resolutionen verabschiedet: Resolution 384 (1975) und Resolution 389 (1976). In beiden wird Indonesien aufgefordert, umgehend seine Truppen abzuziehen. Darüber hinaus bestätigen sie noch einmal das Recht der Menschen von Osttimor auf Selbstbestimmung. Die UN-Generalversammlung hat nicht weniger als acht Resolutionen gleichen Inhalts verabschiedet.

Der indonesische Propagandaapparat wird nicht müde zu beteuern, daß die Menschen in Osttimor über die Integration in die indonesische Republik glücklich und damit zufrieden sind.

Aber wenn sie wirklich so glücklich über diese Aufnahme sind, warum stehen dann selbst nach offiziellen Angaben noch immer acht Bataillone indonesischer Truppen in Osttimor? Wenn sie die Integration wirklich so befürworten, warum gibt es dann so viele indonesische Spione in Dili?

Wenn die Menschen in Osttimor sich tatsächlich bereitwillig in die indonesische Gesellschaft integrieren, warum reagiert die indonesische Regierung dann so panisch auf Forderungen aus dem Ausland nach Unabhängigkeit für Osttimor?

Sonny Inbaraj

Der Autor arbeitet als Journalist bei der in Bangkok ansässigen Tageszeitung "The Nation". Seit 1991 ist er für die Indonesien-Berichterstattung zuständig. Den Beitrag hielt er als Vortrag auf dem 6. Symposium zu Osttimor am 4.-5. Oktober 1994 in Porto, Portugal. Übersetzung aus dem Englischen von Monika Schlicher.